

## **Antrag**

**der Abg. Catherine Kern u. a. GRÜNE**

### **Situation der Pressefreiheit und Angriffe auf Pressevertreterinnen und Pressevertreter in Baden-Württemberg**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele politisch motivierte Straf- und Gewalttaten gegen Pressevertreterinnen und Pressevertreter im Jahr 2024 und im ersten Quartal 2025 in Baden-Württemberg erfasst wurden (bitte unter Angabe von Datum, Ort, Delikt und Phänomenbereich);
2. wie viele dieser politisch motivierten Straf- und Gewalttaten mit dem Tatmittel Internet erfolgten (bitte unter Angabe von Datum, Delikt und Phänomenbereich);
3. welche Aktionen gegen Pressevertreterinnen und Pressevertreter sowie Medienunternehmen, wie bei der Blockade einer Zeitungsdruckerei in Villingen-Schwenningen am 29. Februar 2024, im genannten Zeitraum stattgefunden haben (bitte unter Angabe von Datum, Ort, politischer Kontext und ggf. Veranstaltungstitel);
4. ob es bei diesen Aktionen zu politisch motivierten Straf- und Gewalttaten gegen Pressevertreterinnen und Pressevertreter gekommen ist (bitte unter Angabe von Datum, Ort, Delikt und Phänomenbereich);
5. bei welchen Parteiversammlungen und -veranstaltungen Pressevertreterinnen und Pressevertreter im genannten Zeitraum von der Berichterstattung ausgeschlossen oder von der Versammlungsleitung behindert wurden (bitte unter Angabe von Datum, Ort, Veranstaltungstitel, Partei);
6. wie viele Pressevertreterinnen und Pressevertreter aus Baden-Württemberg seit dem 1. Januar 2020 auf sogenannten Feindes- oder Todeslisten standen (bitte unter Angabe von Datum, Feindes-/Todesliste und Phänomenbereich);
7. wie viele Cyberangriffe auf Pressevertreterinnen und Pressevertreter oder Medienunternehmen im Jahr 2024 und im ersten Quartal 2025 registriert wurden (bitte unter Angabe von Datum, Art, Ausmaß und Verursacher des Cyberangriffs);
8. welche Informations- und Beratungsangebote die Landesregierung Pressevertreterinnen und Pressevertretern sowie Medienunternehmen zur IT- und Cyber-Sicherheit anbietet;
9. welche Informationen der Landesregierung über das Auftreten sogenannter Slapp-Klagen gegen Pressevertreterinnen und Pressevertreter sowie Medienunternehmen in Baden-Württemberg im genannten Zeitraum vorliegen;
10. inwieweit die Landesregierung eine Tendenz sieht, dass die Ausübung von journalistischer Arbeit in Baden-Württemberg behindert wird;
11. welche Informations- und Beratungsangebote die Landesregierung Pressevertreterinnen und Pressevertretern, die Anfeindungen und Bedrohungen ausgesetzt sind, zur Verfügung stellt;
12. inwiefern seitens der Sicherheitsbehörden im Land der gestiegenen Bedrohungslage für Pressevertreterinnen und Pressevertreter Rechnung getragen wird;

13. welche Maßnahmen die Landespolizei ergreift, um Pressevertreterinnen und Pressevertreter auf Demonstrationen zu schützen;
14. inwieweit die Landesregierung die negative wirtschaftliche Entwicklung des privatwirtschaftlichen Journalismus im Land als eine Gefahr für die Pressefreiheit betrachtet;
15. welche politischen Maßnahmen sie für erforderlich hält, um eine flächendeckende Berichterstattung in Zukunft abzusichern.

24.6.2025

Kern, Evers, Hildenbrand, Dr. Geugjes, Hagmann, Häffner, Häusler, Hentschel, Lede Abal, Andrea Schwarz, Seimer, Sperling, Tuncer GRÜNE

### Begründung

Laut aktuellen Zahlen der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ haben Angriffe auf Pressevertreterinnen und Pressvertreter im Jahr 2024 bundesweit zugenommen. Vor allem Demonstrationen sind häufig Schauplatz von Übergriffen. Ebenso beeinträchtigen Schikanen wie die Verhinderung von Zeitungsauslieferungen die Arbeit der freien Presse und zeugen von einer wachsenden Medienfeindlichkeit. Ausdruck davon sind auch Parteiversammlungen, bei denen Pressevertreterinnen und Pressevertreter ausgeschlossen oder bei ihrer Berichterstattung behindert werden. In der Rangliste der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ fällt Deutschland von Platz zehn auf Platz elf. Der Berichts Antrag hat zum Ziel, die Situation in Baden-Württemberg näher zu beleuchten und dabei verschiedene Dimensionen von Pressefreiheit in den Blick zu nehmen.